

Dietrich Schwarzkopf

Ideologiepolizei, Spionagedienst, Desinformationsagentur

Die Stasi und die Medien in Ost und West

Eines der wichtigsten Felder, auf denen der Staatsicherheitsdienst der Deutschen Demokratischen Republik seinen politischen Auftrag und sein Selbstverständnis (beides zusammengefasst in der Devise „Schild und Schwert der Partei“) zu verwirklichen hatte, waren die Medien, vornehmlich Hörfunk und Fernsehen. Dieser Schwerpunkt ergab sich einmal aus der Einschätzung, dass die beiden Medien bei der Erziehung der DDR-Bevölkerung zum Sozialismus von außerordentlicher Bedeutung und Wirksamkeit seien (oder zu sein hätten), zum anderen aus der Tatsache, dass der Zugang der Erziehungsadressaten zu westdeutschem Hörfunk und Fernsehen einschließlich der sich daraus ergebenden Folgen für das politische Bewusstsein der DDR-Bevölkerung nicht zu verhindern sei.

Vorrangig war danach nicht die unverzügliche Bekehrung der Bevölkerung der Bundesrepublik Deutschland zum Sozialismus, sondern die Festigung des Glaubens der Deutschen in der DDR an die sozialistische Idee, ihrer Einsicht in die Vortrefflichkeit der vorhandenen und mehr noch der verheißenen konkreten sozialistischen Ordnung sowie die Zerstörung der Annahme, dass der Weg der Bundesrepublik der für die Bürger bessere sei. Da der Antifaschismus (in der kommunistischen Interpretation) als Staatsräson der DDR proklamiert war, kam es nun darauf an, die Bundesrepublik als Fortsetzung des Faschismus mit modernen kapitalistischen Mitteln hinzustellen, deren Ziel es sei, die DDR mit ihren Errungenschaften zu vernichten und nicht nur das DDR-Territorium, sondern auch die verlorenen ehemals deutschen Gebiete östlich davon gewaltsam wieder zu erobern.

Dem Staatssicherheitsdienst fiel dabei die Aufgabe zu, die entsprechenden Aktionspläne der SED gegebenenfalls selbst umzusetzen, die dazu erforderlichen Informationen, Falschinformationen und Mischerzeugnisse zu beschaffen, Ideen zur Realisierung beizutragen und vor allem die Durchführung zu überwachen. Die Stasi verfolgte dabei keine eigene Medienpolitik, sondern handelte als Teil des von der Führungspartei kontrollierten Staatsapparats. Ihr Ehrgeiz bestand freilich darin, jeweils zu erreichen, dass die maximal systemgerechte Auslegung der SED-Weisung zu gelten hatte und dass das Ministerium für Staatsicherheit (MfS) jeweils die erste Geige spielen konnte.

In Hörfunk und Fernsehen der DDR spielte die Stasi vor allem die Rolle der Ideologiepolizei. Diese Aufgabe wurde nach dem „Prager Frühling“ von 1968 verstärkt. Die von den Prager Reformern entwickelte Idee eines „Sozialismus mit menschlichem Antlitz“ galt in den Augen der SED als eine ungeheure Provokation und war für sie ein traumatischer Vorgang. Nach der Liquidierung der tschechoslowakischen Reformversuche durch das militärische Eingreifen der Führungsmacht Sowjetunion wollte die SED mit allen Mitteln dafür sorgen, dass sich niemals auf ihrem Territorium ein Reformsozialismus entwickele, der der Kontrolle durch die kommunistische Parteiführung entgleiten, sogar zu ihrer Absetzung führen und einen Systemwandel bedeuten könnte. Solche Reformansätze wie die Prager konnten nur das Werk der Feinde des wahrhaften Sozialismus sein. Was würde in der DDR passieren, wenn die Sowjetunion ihre Position als Führungsmacht aufgäbe und jeder Mitgliedsstaat des Warschauer Pakts tun könnte, was er wollte, ohne Rücksicht auf die anderen Verbündeten und auf Moskau? Was tatsächlich passierte, zeigte sich in der DDR 1989/90 und führte zu deren Ende.

So wurden die Jahre nach 1968 die große Zeit der Stasi-Aktivitäten und des Stasi-Einflusses in Hörfunk und Fernsehen der DDR. Diese Bereiche wurden zu den meistbespitzelten im ganzen Staatsgebiet. Die Überwachung wurde außerordentlich verstärkt, bis weit hinein in die persönlichen Angelegenheiten der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Beim Fernsehen in Adlershof stand ein eigenes Dienstzimmer für die Stasi zur Verfügung. Die Chefs des Fernsehens erwiesen sich als sehr kooperativ. Eine Atmosphäre des Misstrauens herrschte – und dies gegenüber einem Personenkreis, der sorgfältig auch unter politischen Gesichtspunkten ausgewählt worden war, der täglich eine realitätsferne Programmgestaltung im Dienste und zum Lobe der SED betrieb und der einen hohen Prozentsatz an SED-Mitgliedern aufwies (zum Beispiel 56,8 Prozent bei der „Aktuellen Kamera“).

Misstrauen gegen Intellektuelle

Ursächlich dürfte ein Grundmisstrauen gegen Intellektuelle gewesen sein, das in der gesamten Welt des Kommunismus herrschte. „Angehörige der werktätigen Intelligenz“ wurden der Kleinbürgerslichkeit, des mangelhaften Klassenstandpunktes und der Unzuverlässigkeit verdächtigt. In einer SED-Studie wurden als Anführer der Prager Reformversuche Autoren, Wissenschaftler und Journalisten benannt. Auch Breschnew und die kommunistischen Parteiführungen der Mitgliedsstaaten des Warschauer Pakts warfen der Prager

Parteiführung vor, durch ungenügende Kontrolle von Presse, Hörfunk und Fernsehen die „schleichende Konterrevolution“ in der Tschechoslowakei ermöglicht zu haben. Das wollten SED-Führung und Stasi sich nicht nachsagen lassen. Die Stasi hatte sich angesichts von Mängeln an Bildung, Facheignung und Zuverlässigkeit bei den ersten, allein nach Herkunft aus der Arbeiterklasse ausgesuchten Nachwuchs-Jahrgängen mit ihrer Hochschule in Potsdam ihre eigene (zuverlässige) Intelligenz geschaffen. Als die DDR im Untergang daran ging, die Berichterstattung in den Medien zu liberalisieren, versuchte die Stasi, sich an die Spitze zu setzen, mit möglichst vielen „Inoffiziellen Mitarbeitern“ (IMs) in den Redaktionen, die nun frech und modern sein sollten. Geholfen hat ihr das nicht.

Bei ihren medienbezogenen Aktivitäten in der Bundesrepublik Deutschland konnte die Stasi nicht als Ideologiepolizei auftreten, weil sie hier nicht in ihrem Herrschaftsgebiet agieren konnte. Sie handelte als ideologiebestimmte Spionage-, Desinformations- und Unterwanderungsorganisation auf feindlichem Gebiet. Im Printbereich unterstützte sie von der DDR finanzierte Publikationen (die Zeitschrift „Konkret“ mit ihrer Star-Autorin Ulrike Meinhof gehörte dazu) und versuchte – teilweise durchaus mit Erfolg – dort, wo sie ein offenes Ohr für Informations- und Argumentationsangebote aus Ost-Berlin finden konnte, Abträgliches über westdeutsche Institutionen und Führungspersonal zu platzieren. Das geschah unter anderem in regelrechten Kampagnen („Aktion Nazikamerilla“, „Giftgas für die Bundeswehr“, „KZ-Baumeister Lübke“ gegen den damaligen Bundespräsidenten). Es konnte aber auch die Veröffentlichung in einer eher obskuren linksradikalen Zeitung oder Zeitschrift genügen, in der Erwartung, dass der Vorgang in einer Publikation mit großer Verbreitung zitiert oder kommentiert und insofern breiter öffentlichkeitswirksam werde.

In Hörfunk und Fernsehen der Bundesrepublik (bis in die frühen achtziger Jahre ausschließlich öffentlich-rechtlich) gelang es der Stasi und anderen Propagandisten aus der DDR in Einzelfällen, falsche Informationen oder geschönte Berichte über Lebensverhältnisse im SED-Staat unterzubringen. „Inoffizielle Mitarbeiter“, die sich, nicht selten für Entgelt, der Stasi verpflichtet hatten, versorgten ihre Auftraggeber mit Hintergrundinformationen, Einschätzungen von Entwicklungen und leitenden Personen in den Funkhäusern, öffentlich zugänglichen Druckerzeugnissen und vertraulichen Protokollen. Dabei konnte es vorkommen, dass die Stasi einen auf einer Pressekonferenz verteilten Text zu Hause als geheimes Protokoll ausgab, das nur unter größten Schwierigkeiten habe beschafft werden können, wobei unbedingter Informantenschutz zugesagt worden sei.

Eine weitaus größere Rolle als die „Inoffiziellen Mitarbeiter“ des ostdeutschen Spionagedienstes (in der ARD etwas über 100) spielten die Ergebnisse der systematischen „Abschöpfung“ von Gesprächspartnern der Stasi in den Rundfunkanstalten. „Abschöpfung“, die nicht immer als solche erkannt wurde, war ein Spielfeld für Plaudertaschen. Hier sammelten die Stasi-„Abschöpfer“ Kantinenklatsch ein, Klagen von westdeutschen Rundfunkmitarbeitern, die sich in ihren Funkhäusern zurückgesetzt oder nicht richtig gewürdigt fühlten, und Angebereien. Aus einer Fülle von so gewonnenem Material, eingeordnet in die Zulieferungen der „Inoffiziellen Mitarbeiter“ und verglichen mit offiziellen Publikationen, entstand für die Stasi ein recht genaues Bild des inneren Gefüges von Hörfunk und Fernsehen der Bundesrepublik.

Von praktischem Wert für die DDR waren Informationen über westdeutsche Programmplanungen, die es den DDR-Medien ermöglichen sollten, dagegen zu halten. Auskünfte über leitende Rundfunkmitarbeiter, ihre politische Orientierung und ihr Privatleben, konnten – auch mit zunächst unscheinbaren Details – wichtig werden, wenn Material benötigt wurde, um eine solche Persönlichkeit öffentlich zu diffamieren oder ihr mit einer solchen Diffamierung zu drohen. Organigramme der Rundfunkanstalten ließen erkennen, wen man verhaften müsste, wenn die siegreichen Truppen des Warschauer Paktes in die Bundesrepublik einmarschierten. Für den scheinbar näher liegenden Fall der Besetzung West-Berlins durch die Nationale Volksarmee gab es bereits konkrete Pläne dieser Art. Trotz all dieser Bemühungen gelang es der Stasi nicht, die Programmgestaltung und Programmplanung sowie die Personalentscheidungen der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten zu beeinflussen oder gar zu steuern.

„Ideologiepolizei“ mit Scheuklappen

Genaue Kenntnis von zahlreichen Aspekten der bundesdeutschen Rundfunkanstalten befreite die Stasi freilich nicht von ideologischen Scheuklappen; insofern blieb sie doch „Ideologiepolizei“. So glaubte die Stasi bis zum Ende der DDR ernsthaft, die westdeutschen Medien würden zentral von der Bundesregierung gesteuert. Die Medienordnung in Ost und West war ihr nur spiegelbildlich erklärbar. Die in Ost-Berlin akkreditierten Korrespondenten der ARD hielt die Stasi sämtlich für ausgebildete Geheimdienstagenten. War ein Korrespondent vorher in Washington tätig gewesen, so galt der Stasi das als Indiz für ein CIA-Training.

Deshalb versuchte die Stasi auch gar nicht erst, einen der Korrespondenten für sich zu gewinnen. Stattdessen bemühte sie sich, die Korrespondenten durch ständige demonstrative Beobachtung, Verweigerung von Dreherlaubnissen, andere administrative Schikanen und den manifesten Dauerverdacht der Verletzung staatlicher Vorschriften einzuschüchtern – freilich ohne das gewünschte Ergebnis der Unterdrückung von der DDR nicht genehmten Informationen. Die Stasi nahm dabei offenbar nicht wahr, dass auch Korrespondenten, die der DDR als ihr aufgeschlossen gegolten hatten, in ihrer berechtigten Entrüstung über die Drangsalierungen, denen sie ausgesetzt wurden, nicht gerade zu Freunden ihres Gastsystems wurden. Insgesamt galt für die Stasi, dass sie dasjenige DDR-Organ war, das am stärksten und konsequentesten Annäherung als verkappte feindselige Handlung wertete.

So geriet der politische „Linkskurs“ des Springer-Verlages in den Jahren 1957/58 bei SED und Stasi sofort unter Verdacht. Die „Bild“-Zeitung führte damals einen „Kampf gegen Atomtod“ durchaus in Übereinstimmung mit der „Zonenpresse“ und auf der Linie der sich entwickelnden westdeutschen Friedensbewegung. Der Grund, der den Verleger Axel Caesar Springer diesen Kurs einschlagen ließ, war sein Eintreten für die Wiedervereinigung, die er durch eine atomare Bewaffnung der Bundeswehr für gefährdet hielt. SED und Stasi vermuteten, er strebe (möglicherweise sogar im geheimen Einvernehmen mit Bundeskanzler Adenauer) ein vereinigtes, neutrales, atomwaffenfreies Deutschland an. Urängste der SED wurden wach, dass der sowjetische große Bruder die DDR fallen lassen könne, was er freilich erst 1989/90 tat.

Springer als Erzfeind

Als die SED beschloss, Springer zu ihrem Erzfeind zu erklären, konnte man sich fragen: warum gerade er? Nach dem Mauerbau hatten die gedruckten westdeutschen und West-Berliner Medien keinen Einfluss mehr in der DDR. Vermutet werden kann, dass die DDR-Führung ihn ausgewählt hatte, weil sich hier die Möglichkeit bot, ihre Propaganda gegen die Bundesrepublik, die bis dahin weitgehend aus Abstraktionen bestanden hatte, auf eine herausragende, politisch bedeutsame Persönlichkeit zu fixieren.

Mit ausgesprochenem Hass wurde Springer hingestellt als jemand, der von den gleichen Wirtschaftskreisen „aufgebaut“ worden sei, die schon Hitler in den Sattel gesetzt hätten – mit dem Auftrag, mit Hilfe seiner Blätter die westdeutsche Bevölkerung blind und taub gegen

die Errungenschaften der DDR zu machen und sie zugleich so zu verdummen und zu verhetzen, dass sie sich in einen neuen Krieg treiben lassen werde. Die Schwierigkeit zu verdeutlichen, wie Springer, ein anerkannter Freund Israels, ein Auftragnehmer und Schützling faschistischer Hintermänner sein könne, wurde so gelöst: Er habe sich mit den Zionisten verbündet, die in den dreißiger Jahren, als die Nationalsozialisten die Auswanderung der Juden erzwingen wollten, mit der SS kooperiert hätten, um Einwanderer nach Palästina zu gewinnen. Die Botschaft war: Springer, Nazis, Israel, Bonn – alles ein Verein.

Die Parole „Enteignet Springer“ wurde zum ersten Mal formuliert im „Berliner Extra-Blatt“ vom 13. Mai 1967. Diese in West-Berlin erscheinende Publikation wurde von der Stasi als legales Dach für die Verbreitung von Desinformationen genutzt. Darauf weist ein Gutachten hin, das der Forschungsverbund SED-Staat der Freien Universität Berlin für den Springer-Verlag erarbeitet hat (zuvor hatte der Verbund im Auftrag der ARD ein Gutachten über die rundfunkbezogenen Aktivitäten der Stasi in Ost- und Westdeutschland erstellt). Dem Inhalt nach, aber ohne diese Formulierung, hatte Walter Ulbricht in einer Rede vom 21. April 1966 die Enteignung Springers gefordert.

Nach Einschätzung des Forschungsverbunds wurde die Anti-Springer-Kampagne in Westdeutschland einschließlich West-Berlins nicht von der DDR gesteuert. Gleichwohl meinen die Forscher, dass angesichts der gesellschaftlichen Debatte in der Bundesrepublik „Einwirkungsversuche der SED und des Staatssicherheitsdienstes auf fruchtbaren Boden fallen und im öffentlichen Raum wirksam werden“ konnten. Von dieser Möglichkeit machten SED und Stasi gern Gebrauch. Für einen fünfteiligen Anti-Springer-Film des DDR-Fernsehens (1968/1970 ausgestrahlt) lieferte die Stasi die Informationen, damit, wie es in einer Notiz an den Minister für Staatssicherheit, Erich Mielke, hieß, „wir die Sache in die Hand bekommen“.

Nach allen Regeln der Agentenkunst wurde Axel Springer selbst von einer seiner Chefsekretärinnen „ausgeforscht“. Die frühere DDR-Bürgerin lieferte ihrem einstigen Vorgesetzten, der inzwischen Stasi-Agent und offenbar ihr Liebhaber geworden war, regelmäßig Berichte über den Verleger, auch über seinen Gesundheits- und Gemütszustand, dazu Kopien von Springers vertraulichem Briefwechsel mit Größen der Weltpolitik. 1993 stellte das Hamburger Oberlandesgericht das vom Generalbundesanwalt geforderte Verfahren gegen die Sekretärin vorläufig ein mit der Auflage, dass sie 8000 DM an die Staatskasse zahle. Sie hatte inzwischen einen früheren leitenden Springer-Mitarbeiter geheiratet.

Literatur

- Staadt, Jochen/Voigt, Tobias/Wolle, Stefan: Operation Fernsehen. Die Stasi und die Medien in Ost und West. Göttingen 2008.
- Staadt, Jochen/Voigt, Tobias/Wolle, Stefan: Feind-Bild Springer. Ein Verlag und seine Gegner. Göttingen 2009.
- Forschungsverbund SED-Staat/Freie Universität Berlin: Die Ideologiepolizei. Die rundfunkbezogenen Aktivitäten des Ministeriums für Staatssicherheit der ehemaligen DDR in der DDR sowie in der Bundesrepublik Deutschland. Überarbeitete Fassung der Studie. Herausgegeben von der Historischen Kommission der ARD. Verantwortlich für den Herausgeber: Dietrich Schwarzkopf.